

## Fluchtursachen Made in Germany

September 2015

Über 700.000 Flüchtlinge haben sich seit Anfang 2015 auf den Weg nach Europa gemacht; Tausende sind im Mittelmeer ertrunken, sind ihren Krankheiten erlegen, wurden an den außereuropäischen Grenzen mit brutaler Gewalt zurückgedrängt, brachen auf ihren hunderte, gar tausende Kilometer langen Fußmärschen erschöpft zusammen oder stecken unter unwürdigen Bedingungen perspektivlos in Flüchtlingslagern fest. Nur ein Bruchteil dieser Menschen erreicht überhaupt sein Ziel und wurde in den vergangenen Wochen mit großer politischer Geste auch in Deutschland aufgenommen. Unter dem Druck einer hilfsbereiten Zivilgesellschaft sah sich die deutsche Regierung gezwungen, ein Stück von ihrer bisherigen Politik abzurücken. Zugleich wissen wir um die Ambivalenz dieser Geste: Sie verschleiert nicht nur, wie wenige Menschen im Vergleich zu den weltweiten Flüchtlingszahlen hier überhaupt aufgenommen werden oder wie wenige von ihnen eine Chance haben, ihren Asylantrag anerkannt zu bekommen. Sie verschleiert vor allem eins: In welchem Maß sich die EU und Deutschland davor drücken, Verantwortung zu übernehmen für die Folgen einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik, die die Menschen zur Flucht zwingt. Solange die Ursachen nicht bekämpft werden, wird die massive Migrationsbewegung nach Europa weiter anhalten.

Die Fluchtursachen sind vielfältig – viele davon entspringen der neoliberalen Politik eben dieser EU, an deren Außengrenzen Menschen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ihr Leben verlieren.

### **Erzwungene Marktöffnung zerstört Ökonomien**

Unter anderem mit Hilfe von Freihandelsverträgen zwingt die EU ökonomisch schwächere Staaten, die einheimischen Märkte zu öffnen. Dies soll insbesondere der exportorientierten deutschen Wirtschaft Absatzmärkte und Profite sichern. Hohe Arbeitslosigkeit und die Zerstörung wirtschaftlicher Perspektiven in den betroffenen

Ländern sind die Folge, ebenso wie die Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen als Lebensgrundlage der Landbevölkerung. Ganze Ökonomien brechen zusammen, weil sie aufgrund ihrer im Weltmaßstab geringeren Produktivität global nicht wettbewerbsfähig sind. Die Verelendung in den Ländern des Südens wächst, soziale Spannungen verschärfen sich und befeuern Konflikte bis hin zu Kriegen.

### **Waffenlieferungen in Rekordhöhe**

2015 lagen die bewilligten deutschen Waffenexporte im ersten Halbjahr schon fast so hoch wie im gesamten Vorjahr – ein neuer Rekord. Dabei liegt die Summe für die Exporte in die arabischen Staaten und nach Nordafrika mit 587 Millionen Euro mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahreszeitraum. An jedem bewaffneten Konflikt verdient die deutsche Rüstungsindustrie mit, auch wenn die Konfliktparteien nicht direkt beliefert werden. Häufig werden deutsche Waffen von Verbündeten in der Region weitergegeben oder werden erbeutet; der Weg von Waffenlieferungen in Krisengebiete lässt sich nicht kontrollieren. So befeuert Deutschland die Kriege, die die Menschen erst zu Flüchtlingen machen.

Auch die direkten und indirekten militärischen Interventionen des Westens zur Durchsetzung geostrategischer Interessen in Krisengebieten lösen in der Regel keine Konflikte, sondern verschärfen sie häufig noch. So befinden sich nach Angaben der UNO-Flüchtlingshilfe rund 2,5 Millionen Menschen aus Afghanistan auf der Flucht, aus dem Irak fast eine halbe Million.

### **Gewinne für europäische Unternehmen, Klimaschäden in den Ländern des Südens**

In den letzten Jahrzehnten haben die Industrieländer wesentlich von der Energiegewinnung durch fossile Rohstoffe profitiert. Doch die schwerwiegenden ökologischen, sozialen, gesundheitlichen und finanziellen Folgen des Klimawandels müssen vor allem die Länder des Südens tragen. Die Veränderung der klimatischen Verhältnisse im östlichen Mittelmeerraum ist einer der Gründe für den verheerenden Krieg in Syrien. Katastrophale Dürren haben dort die für das Überleben notwendigen Ernteerträge und die Viehbestände stark reduziert. Die Menschen zogen in die Städte,

wo sich soziale Konflikte durch die Landflucht verschärften. Ähnliche Auswirkungen des Klimawandels wie starke Dürren sind auch im Sudan, in Afghanistan, Irak, Jordanien und dem Libanon zu beobachten und vernichten dort die Lebensgrundlagen der Bevölkerungen.

Inmitten dieses maßgeblich von der EU mit zu verantwortenden Elends setzt diese auf Abgrenzung und Abschottung und entzieht sich so ihrer Verantwortung. Die europäischen Eliten bleiben ihrer harten Linie treu, die sie auch nach innen verfolgen: Das unrettbar überschuldete Griechenland wird nicht nur mit den direkten Folgen der Austeritätspolitik der EU im Stich gelassen; vielmehr verstärken weitere diktierte Kürzungsprogramme die Abhängigkeit von der Troika und bringen Griechenland um jede souveräne Alternative für einen Ausweg aus der Verarmungsspirale. Nach außen agiert die EU seit Bestehen ihres Grenzregimes nach demselben Muster: Die unmenschlichen Folgen ihrer neoliberalen Doktrin werden uns vom Hals gehalten. Erst jetzt, wo selbst meterhoher Stacheldraht und prügelnde ungarische Grenzpolizisten der schieren Zahl der in Not geratenen Menschen nicht mehr standhalten können, werden auch wir in Deutschland mit den katastrophalen Folgen für die Flüchtenden und ihrem existenziellen Leid konfrontiert.

Zum Glück wecken die Flüchtlinge, die es bis hierher geschafft haben, nicht nur aggressive rassistische Reflexe, sondern auch eine Welle unmittelbarer Hilfsbereitschaft. Wir brauchen diese Willkommenskultur, sie ist gut und wichtig. Doch sie allein ändert nichts an der Tatsache, dass die Reaktionen auf politischer Ebene in erster Linie darin bestehen, die Sortierung in „nützliche“ und „nicht verwertbare“ Flüchtlinge schneller und unauffälliger, dazu noch ohne jede demokratische und juristische Kontrolle abwickeln zu können. Das Grenzregime wird noch rigider, Abschiebungen sollen noch schneller erfolgen, die Liste der angeblich „sicheren Herkunftsländer“ wird ausgeweitet. Diese verschärfte Praxis löst keines der Probleme für die betroffenen Menschen. Wir müssen Ernst machen mit der Bekämpfung der Fluchtursachen, denn die Menschen brauchen in ihren Ländern Lebensbedingungen, die ein Bleiben ermöglichen. Gleichzeitig müssen

legale Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen geschaffen werden, denen in ihrem Herkunftsland kein menschenwürdiges Leben möglich ist.

### **Wir fordern: Freihandelsabkommen stoppen**

Flucht und Migration sind die Folge einer neoliberalen Politik, die die Interessen der Wirtschaftseliten innerhalb der EU zu Lasten der armen Länder des Südens rücksichtslos verfolgt. Wir fordern einen gerechten Welthandel und den Stopp aller Abkommen, die Länder zwingen, zu den Bedingungen der EU ihre Märkte zu öffnen und ihre eigenen Ökonomien dadurch zu zerstören. Abkommen wie die EPAs (Economic Partnership Agreements) dürfen nicht ratifiziert werden; sie vergrößern die Armut in den betroffenen Ländern und machen eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik unmöglich. Stattdessen muss ein gerechter Welthandel der Prämisse folgen, die Ökonomien verarmter Staaten zu stärken – für bessere Lebensbedingungen. Alle Menschen haben ein Recht darauf, in Frieden und sozialer Sicherheit zu leben und ihre Heimat nicht verlassen zu müssen.

### **Wir fordern: Legale Einwanderungsmöglichkeiten**

Deutschland und die EU können sich der Migration nicht verschließen. Menschen, die in ihrer Heimat keine Zukunft haben, werden sich stets auf den Weg machen, auch nach Europa – legale Einwanderungsmöglichkeiten sind der einzig nachhaltige Weg, das Sterben auf der Flucht zu beenden. Menschen müssen das Recht haben, zu gehen, wenn sie in ihrer Heimat nicht sicher und menschenwürdig leben können oder wenn sie sich woanders ein besseres Leben erhoffen. Ihre Aufnahme darf nicht von ihrer „wirtschaftlichen Verwertbarkeit“ abhängig gemacht werden. Und sie müssen das Recht haben, hier zu bleiben.

### **Wir fordern: Reichtum umverteilen**

Migration darf nicht missbraucht werden für die Profitinteressen von Unternehmen und Konzernen, die durch mehr billige Arbeitskräfte den Druck auf den Arbeitsmarkt weiter verstärken wollen. Der Plan des Finanzministers, die anfallenden Kosten über Kürzungen



in anderen Bereichen zu finanzieren, initiiert eine Neiddebatte und spielt verschiedene Gruppen sozial Benachteiligter gegeneinander aus. Stattdessen müssen endlich große Vermögen besteuert werden und der vorhandene Reichtum von oben nach unten und von Nord nach Süd umverteilt werden. Globale Umverteilung der in wenigen Händen konzentrierten Vermögen kann allen Menschen dort gute Lebensbedingungen schaffen, wo sie leben. Eine effektive Umverteilung ermöglicht die Bewältigung von Migration in größerem Umfang, ohne die sozialen Unterschiede zu verschärfen und entzieht der Fremdenfeindlichkeit den Boden.

Deshalb fordert Attac weiterhin eine europäisch koordinierte Vermögensabgabe, eine Vermögensteuer und die effektive Bekämpfung von Steuerflucht. Der weltweite Schaden durch Steuerflucht beträgt jährlich zwischen zwei und zwölf Billionen Euro, allein in Deutschland sind es rund 100 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen betragen pro Jahr rund 10 Milliarden Euro.

**Ein gutes Leben für alle ist möglich, überall!**